**In der Hoffnung auf eine bessere Welt**

**1. Politische Zeiten**

Es kann passieren, dass das Handy läutet und das Leben nimmt einen anderen Verlauf.

Sie denken jetzt an Hollywood und Lottogewinne.

Ich erinnere mich an die Stimme einer Frau, die mir in strengem Ton, aber doch wienerisch charmant, im Jahr 2000 einen Job anbot. Wer sie kannte, weiß, dass eine Ablehnung oder Bedenkzeit nicht möglich war. Magister Elisabeth Morawek, Jahrgang 1939, legendäre Ministerialrätin und Leiterin der politischen Bildung im Unterrichtsministerium, wusste was und wen sie wollte, und Widerspruch wollte sie nicht.

Morawek kannte mich als damalige NGO-Koordinatorin des Menschenrechtsjahres 199 und registrierte genau, dass die Förderung meiner Koordinationsstelle im Boltzmann-Institut für Menschenrechte aufgrund der deutlichen NGO-Proteste nach dem gewaltsamen Tod von Marcus Omofuma vom Kabinett Klima eingestellt wurde. Man demonstrierte gegen die harte Asylpolitik der SPÖ und thematisierte die von den Behörden offensichtlich geduldete Abschiebepraxis mit Knebelung, skandierte gegen Innenminister Karl Schlögel, der unter anderem die Operation Spring zu verantworten hatte und sich dabei von der Kronen Zeitung und der FPÖ Applaus und Rückendeckung holte. „Kommen Sie mich doch besuchen, ich hätte da etwas für Sie“, sagte Morawek und legte auf. Ich googelte erst einmal die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung.

Politische Bildung schien mir angesichts der Vorboten und Wegbereiter der sogenannten schwarz-blauen „Wende“ ein wirksames Mittel gegen Xenophobie und Menschenrechtsverletzungen zu sein. Vielleicht sogar das Einzige. Ich interessierte mich für die Sache und sagte zu.

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung betrieb damals noch die Servicestelle für Schulen, die mit meinen Kollegen, dem Historiker Anton Holzer, dem ebenfalls neu eingestellten Politologen Wolfgang Russ und nun auch mir besetzt wurde. Zu unseren damaligen Aufgaben zählten im Grunde die heute von „zentrum polis“ weiter ausgebauten Serviceangebote, und wie sich bald herausstellte, vor allem der Versand von sogenannten „Materialien“, die wir in großer Stückzahl im Vorraum stapelten und händisch verpackten.

Es waren noch üppige Zeiten der schulischen politischen Bildung, es gab große Ankaufsbudgets für Literatur, wir verschickten voluminöse Bände wie „Schmelztiegel Wien“ von Michael John und Albert Lichtblau, ca 1 kg schwer, und viele andere Standardwerke zu den Themen Nationalsozialismus, Flucht, Exil und Migration. Da die Publikationen an LehrerInnen und Schulbibliotheken kostenlos verteilt wurden, gingen sie weg wie die warmen Semmeln.

In den heutigen Zeiten der sogenannten „Handreichungen“ für Lehrerinnen, den fertig gestalteten Stundenblättern und Übungsanleitungen, die sich an der Kompetenz-Doktrin der neuen politischen Bildung orientieren, ist es fast unvorstellbar, dass man als Grundlage politischer Bildung ganze Bücher verschenkte.

Elisabeth Morawek kaufte große Bestände an Literatur ein, sie selbst war unablässig an neuester Zeitgeschichteforschung interessiert und bemühte sich, aktuelle Diskurse in die politische Bildung zu tragen. Es ging ihr weniger um die lehrplankonforme Abwicklung sondern um die Politisierung und Bildung der LehrerInnen selbst, denen schwere Kost durchaus zugemutet wurde. Unser Versand blühte, und wir transportierten die Pakete in einem eigenen „Postwagerl“ in das nächst gelegene Postamt.

Mit der Förderstelle für die Erwachsenenbildung, dem zweiten Geschäftszweig der ÖGPB hatten wir zunächst weniger zu tun, diese wurde damals von der Literaturwissenschafterin und späteren Geschäftsführerin, Barbara Schöllenberger, geleitet. Ihre Arbeit mit den förderungswerbenden Erwachsenenbildungseinrichtungen bedurfte eines besonders stabilen Nervenkostüms, den turbulenten Zeiten der Ausschreibung und der darauffolgenden Vergabesitzung des Vorstands folgten Monate der Abrechnung und Kontrolle. Das Telefon läutete das ganze Jahr.

Diese Arbeit, bis heute ein Herzstück der Aufgaben der ÖGPB, ist unspektakulär, leistet aber einen wesentlichen Beitrag in der sogenannten politischen Bildungslandschaft und ermöglicht seit Jahrzehnten unzählige Veranstaltungen und kleine und große zivilgesellschaftliche Initiativen. Heute arbeitet an dieser Stelle Daria Vucovic, die als Assistenz in Stresszeiten von Barbara Schöllenberger begann und heute den Laden souverän schupft.

Bereits im Jahr 2000 sollte neben der schulischen Servicestelle, gekoppelt an die Abteilung von Elisabeth Morawek, der Aufbau einer Weiterbildungsschiene für ErwachsenenbildnerInnen, gekoppelt an die Abteilung Erwachsenenbildung, erfolgen. Doch für die EB hatte zunächst niemand von uns einen Kopf. Morawek hielt das Team für schulische Belange gehörig auf Trab, im Akkord schrieben wir Stellungnahmen für das Ministerium, konzipierten Zeitzeugen-Veranstaltungen und arbeiteten der umtriebigen Ministerialrätin beständig zu. Besonders nach dem Wochenende, wenn im Spectrum der Presse Buchrezensionen erschienen, wurde sie rührig und griff zum Telefon.

Und während in Wien die Donnerstagsdemos anliefen und sich die Zivilgesellschaft den Staub aus den Augen rieb, läutete morgens in der Mayerhofgasse pünktlich das Telefon auf den Schreibtischen. Ein Blick auf das Display genügte, und niemand nahm das Gespräch entgegen. Wer schließlich die Ruhe verlor und nach langem Läuten das noch längere Gespräch mit Morawek aufnahm, war Held oder Heldin des Tages. Während wir mit dem Postwagerl fuhren und man darauf vertraute, dass die Stimmen der Zeitzeugen nicht vergessen werden, ging eine Ära - nicht nur der politischen Bildung - zu Ende.

**2. Komplizierte Zeiten**

Einige Zeit später war vieles anders. Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung verlor aufgrund von ministeriumsinternen Turbulenzen den Geschäftsbereich Schule, dieser sollte nun mittels eines anderen Projektträgers weiter unter Aufsicht der Abteilung Politische Bildung, arbeiten. Morawek selbst ging in Pension.

Diese damals existenzbedrohende Situation für die ÖGPB und ihre Mitarbeiterinnen brachte jedoch durch die Initiative der Abteilung Erwachsenenbildung unter Robert Kramreither, neue kreative Entwicklungsmöglichkeiten mit sich. Zunächst erfolgte eine Umbenennung von Servicestelle in IZ, „Informationszentrum Politische Bildung“, ein etwas großspuriger Name für unsere Bürobesetzung, Anton Holzer hatte kurz zuvor in einem Telefonat (sie können raten mit wem) das Handtuch geschmissen. Von einem Tag auf den anderen musste also eine Finanzierung auf die Beine gestellt werden, und Wolfgang Russ initiierte den innovativen Lehrgang „Internet und politische Bildung“, der eine solide Basis unserer Arbeit werden sollte. Dieses damals neue Thema - lange vor facebook und twitter – beschäftigte sich mit Anliegen wie e-learning, Recherche und Evaluierung von Informationen, quasi ein frühes Gegenprogramm zur fahrlässigen postfaktischen Ära und deren Auswüchse, die Fake-News.

Unser Stichwort war die Hoffnung auf eine aufgeklärte emanzipatorische „Informationsgesellschaft“, Lernziele waren Grundfertigkeiten für eine selbstbewusste Wissenscommunity, in der politische Bildung eine tragende Rolle spielen sollte.

Unsere damaligen Bemühungen erfolgten bereits durchaus in Kenntnis darüber, dass es einer verantwortungsbewussten Nutzung der Neuen Medien bedürfe, um durch einen demokratischen „Zugang für alle“ idealerweise Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhindern und womöglich „Toleranz zu fördern“. Damals war die Entfesselung der politischen Leidenschaften der InternetbürgerInnen noch nicht in Sicht, deren allgegenwärtige digitale „Präsenz“ statt erhoffter „Kompetenz“ uns heute so beschäftigt.

Das unserem Lehrgang damals zugrunde liegende Bildungskonzept (angelehnt an das gute alte Memorandum Lebenslanges Lernen), das Menschen als selbstverantwortliche kompetente Hauptakteure von Wissensgesellschaften verstand, ist von den mächtigsten Formeln der Welt, den Algorithmen, längst überholt worden.

Aus den sozialen Medien wurden asoziale Medien, und das schmale Segment der politischen Bildung kann und muss hier auch künftig neue Widerstandsformen zivilgesellschaftlicher Artikulation im Netz entwickeln. Die ÖGPB bot in diesem Zusammenhang Module wie das "Politische in den Social Media" (2004-2010), eine flotte Webinar-Reihe zum Thema Netzkompetenz (2011-2014), und nun für 2018 Medienkompetenz als Jahresschwerpunkt,

also die methodische Vermittlung eines kritischen Blicks auf die digitale Zukunft.

Auch eines der Schwerpunktthemen der Projektförderung 2017 - „Das Internet als politischer Ort“ – bietet Raum für Projekte, die sich mit den enormen sozialen und politischen Polarisierungen im Web auseinandersetzen. Hier knüpft man an die ersten Gehversuche der politischen Bildung im Internet an, letztlich ist es **der** politische Ort, wo Informationen und Wissen ausgetauscht werden, wo politische Bildung praktisch erfolgt, wo sich die Zivilgesellschaft vernetzt, politisch aktiv ist und Initiativen ins Leben gerufen werden, man denke an Me too der letzten Wochen.

Nach und nach entwickelte sich das damalige Informationszentrum der ÖGPB Schritt für Schritt zu einem themengebenden und neue Methoden anbietenden Akteur in der Aus- und Fortbildung von Erwachsenenbildnerinnen. Die entscheidende Frage war, wie diese und deren Institutionen für die Themennische politische Bildung motiviert und qualifiziert werden könnten.

Das Konzept der „TTT“, der Train the Trainer-Workshops, wurde geboren. Noch weit entfernt von der allumfassenden Qualifizierungsoffensive der letzten Jahre, betrat die ÖGPB den Bildungsmarkt mit in kurzer Zeit gefragten Angeboten. Aus Deutschland luden wir den Politologen Klaus-Peter Hufer ein, dessen legendäres „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ im Österreich der 2000-er Jahre ganz besonders gut ankam. Die Mischung aus Kommunikationstraining und hoch dosierter politischer Bildung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verankerte sich in der EB-Szene - auch nach über fünfzehn Jahren sind die Train-the-Trainer-Workshops ausgebucht. Kurioserweise hat die zu beklagende zunehmende Verbreitung der Stammtischparolen den nachhaltigen Erfolg dieser Trainingsmethode herbeigeführt. In den von der ÖGPB regelmäßig veranstalteten Trainerinnentreffen, neumodisch Refresher, zu denen auch Klaus-Peter Hufer anreist und von seiner Arbeit in Deutschland, der Schweiz, Italien und neuerdings Belgien berichtet, wird die zunehmende Radikalisierung der Sprache und des Denkens der letzten Jahre mit Bestürzung konstatiert.

Wer sich in diesen 2000-er Jahren eindeutig gegen Rechts positionierte, wurde gut beobachtet, so auch die ÖGPB. Die von der Abteilung Erwachsenenbildung dankenswerterweise weder vor noch nach dem Jahr 2000 ausgeübte Einschränkung unserer inhaltlichen Bildungsarbeit und der Fördertätigkeit freier Projekte geriet zunehmend in das Visier der Regierungsparteien.

Aus nichtigem Anlass, so wurde einmal ein etwas veralteter Folder des Österreichischen Parlaments als Beilage einer Aussendung verschickt, in dem der FPÖ zu wenig Parlamentssitze zugeschrieben wurden, entstand eine parlamentarische Anfrage, ein bis heute abseits von Fakten gern eingesetztes politisches Mittel zur Einschüchterung unliebsamer Organisationen, Personen und Einrichtungen. Die in diesen Jahren direkt vom Ministerbüro und anderen Ministeriumsstellen ausgeübte Kontrolle unserer Publikationen und Veranstaltungen ist allen Beteiligten unvergesslich.

Die Instrumente einer solchen Politik sind Klassiker wie Einsparung, Auslagerung, Umschichtung, Umstrukturierung und gegebenenfalls Schließung von „nicht unmittelbar zu evaluierenden“ Einrichtungen. Der Kahlschlag bei NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich der Bildung, Kunst und Kultur war beträchtlich. Der weitere Fortbestand des eigenständigen Tätigkeitsbereichs politische Erwachsenenbildung der ÖGPB kam also gehörig in Bedrängnis, die Luft wurde zunehmend dünn und erst ab dem Jahr 2006 war wieder an freies Durchatmen zu denken.

Diese nunmehr historische Erfahrung darf angesichts der aktuellen politischen Entwicklung in Österreich und der weiter fortschreitenden Aufladung von Feindbildern wie „Gutmenschen“, „Willkommenskultur“ „linke Berufsdemonstranten“, „männerfeindliche Feministinnen“ usw. usw. und den darauf zu erwartenden Diskreditierungen von Einrichtungen und Personen nicht außer Acht gelassen werden.

Es ist anzunehmen, dass sich die von der kommenden Regierung angekündigten menschenrechtlich problematischen Politiken konkret auf die politische Bildung auswirken werden. Dies betrifft vor allem den schulischen Bereich, so wurde in Oberösterreich dieses Jahr bereits eine „Meldestelle“ eingerichtet, also eine kurioserweise sogenannte „Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung“ in Schulen, diese ist noch nicht vom Bildschirm verschwunden, aber wegen Wartungsarbeiten vorübergehend außer Betrieb. Die politische Erwachsenenbildung bietet hier eine komplexere Angriffsfläche, da ihre Strukturen und Organisationsformen divers sind und es sich um eine Vielfalt an Angeboten im Bereich von unüberblickbareren Bildungseinrichtungen und NGOs handelt.

Die Österreichische Gesellschaft für politische Bildung ist durch ihre Themensetzung der geförderten Projekte der letzten Jahrzehnte und nicht zuletzt durch ihr Bildungsprogramm, das in Kooperation mit politisch engagierten NGOS wie etwa der asylkoordination erfolgt, weniger auf Koalitions- sonders eher auf Kollisionskurs. Die von ihr befürworteten und geförderten Projekte werden bald am Radar des nun staatspolitisch getragenen Rechtspopulismus erscheinen.

Wer Wissen und Information über die menschenrechtliche Dimension von Flucht und Asyl verbreitet, oder Hannah Arendts Satz „Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen“, also Verschiedenheit in Gleichheit als Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens begreift, gerät gegenwärtig in Widerspruch zu großen Teilen der Bevölkerung und deren gewählten Vertreterinnen. Der Rückbau zivilisatorischen Agreements ist europaweit offensichtlich voll im Gange. Die politische Bildungsarbeit der ÖGPB, deren Tätigkeit sich seit vielen Jahren der Hoffnung auf eine bessere Welt verschrieben hat, steht also vor neuen Herausforderungen.

Die Schwerpunktthemen 2017 könnten aktueller nicht sein, Projekte zum Thema: Populismus, Autoritarismus und die "illiberale Internationale" u.a. Viktor Orbáns, also die Tendenz, dass gewählte Parteien und Personen ihre Machtpolitik an der Einschränkung oder sogar Aufhebung der Grundrechte und individueller Freiheiten ausrichten, werden explizit gefördert. Der Ausschreibungstext der ÖGPB passt wie eine Schablone auf die politischen Verhältnisse, etwa das Thema „Religion, Frauen und die ‚Wertedebatte“.

Die von den ÖGPB Gremien geförderte und gewünschte freie Bildungslandschaft der politischen Bildung liest sich wie das Who is Who der Gutbürger gegen die Wutbürger. Auf der Homepage der ÖGPB können die geförderten Veranstaltungen der letzten Jahre eingesehen werden.

Wie kann also eine Einrichtung wie die ÖGPB, deren inhaltliche Arbeit seit Jahrzehnten gegen die Feindbilder rechtspopulistischer Politik und letztlich gegen entsprechend agierende Parteien und Personen auftritt, in einer – so der Konsens professionell agierender Bildungsarbeit – überparteilichen Haltung agieren? Die der Geschichte des Hauses in frühen Jahren systemimmanente Balance der (partei) politischen Kräfte, die 1991 in der Neukonstruktion der Einrichtung zugunsten einer zivilgesellschaftlich frei gestaltenden Kraft aufgegeben wurde, muss heute neu überdacht werden.

Die sich im freien Fall befindlichen bürgerlichen Werte bedürfen eines bildungspolitischen Netzes, in dem offen diskutiert und kontrovers gedacht werden muss. Aber gerät nicht politische Bildung zusehends in die Rolle von NGOs, etwa wenn es um die Vermittlung von Handlungsoptionen im Widerstand gegen fremdenfeindliche Gesetzgebung geht?

Der etwas in die Jahre gekommene Beutelsbacher Konsens aus den siebziger Jahren fordert die Kontroversität, also die Darstellung auch unterschiedlicher Positionen zu einem Thema, aber gilt das nicht nun auch für die Parteiprogramme, deren Vertreterinnen sich in antisemitischen und einschlägig rechtsextremen Publikationen präsentieren? Muss hier politische Bildung aus ihrer historischen Verantwortung der eigenen Emanzipationsgeschichte gegenüber nicht eindeutiger – also etwa mit der Zitation von Texten und der Nennung von Protagonisten der Neuen Rechten auch wenn sie einer politischen Partei angehörig sind – reagieren?

Die zukünftige Rolle der ÖGPB ist hier von besonderem Interesse, ist sie doch als Keyplayer in die Vergabe von Fördermitteln involviert. Was ist in dieser neuen Phase, in der Regierungspolitik Zeitgeschichte auf drastische Weise gestaltet und diese möglicherweise postfaktisch interpretiert, die uns also in ihrer menschenrechtlich und sozialpolitisch fragwürdigen Wirkungsweise längere Zeit beschäftigen wird, zu tun?

Die Zeitzeugen sind fast alle verstorben.

**3. Auf lange Sicht arbeiten**

Die der gegen Flüchtlinge oder MigrantInnen gegenüber gewalttätigen Sprache dezitiert entgegentretenden Argumentationstrainings weisen einen raffinierten Lernansatz auf, der aus dem Beutelsbacher Nähkästchen zu kommen scheint.

Die im „Training“ durchgeführten Rollenspiele, viele hier kennen die Methode, bauen auf einer der Realität nicht unähnlichen Polarisierung auf, und es kommt naturgemäß zum heftigen Streit zwischen den sogenannten Pros, die beispielsweise Positionen wie „Wir wollen Nullzuwanderung“ oder „Mittelmeerroute schließen“ vertreten, und den Contras, die gute Argumente dagegen in die Hitze des Gefechts einbringen. Anfangs ist die Dominanz der „Wutbürger“ unüberhörbar, der aber beizukommen ist.

Die vor über 15 Jahren (also zu Beginn der Verbreitung der Trainings) als möglichst effiziente und kluge Strategie eingeübte argumentative Schärfe, die sich als durchaus kämpferisch verstand und sich rhetorischer Strategien bediente, steht nicht mehr im Vordergrund der Lernziele. Da das Gegenüber, also die Pros, zunehmend Rückendeckung durch die sich rasant verbreitenden Parolen und Sprüche erhalten, und durch Fake-News und Medien täglich angefeuert werden, mussten sich die Strategien des Trainings dem Zeitgeist entsprechend entwickeln. Der Stammtisch ist nämlich endgültig aus dem Wirtshaus in die guten Stuben eingezogen.

Was vor zehn Jahren noch als Punktesieg durch Aufzeigen von Absurditäten, Einfordern von Logik oder gar argumentative Beweisführung in Sachen Vorurteile galt, ist nun zweitrangig geworden. Die vielen Pros sind nicht stantepede zu überzeugen, aber sehr wohl zu einem Miteinander einzuladen. Der Clinch mit Andersdenkenden hat sich nämlich grundlegend verändert. Belehren, moralisieren und bewerten verschlimmert die Situation, also gilt es, ein Gespräch mit Respekt und so etwas wie in Augenhöhe zu beginnen. Eine hohe Kunst wie es scheint.

Was den Teilnehmerinnen, den Contras, anfangs eher befremdlich erscheint, nämlich schlicht und einfach Interesse zu zeigen, nicht sofort emotional zu reagieren, nicht zu widersprechen, zunächst aufmerksam anderen Meinungen zuzuhören oder gar einfühlsam nachzufragen, erweist sich als höchst wirksame Strategie in der Auseinandersetzung. Plötzlich ist Raum für ein Gespräch da, waren es die Pros doch auch gewohnt, niedergebügelt und eben so wenig gehört zu werden wie wir.

So gesehen zeigen die gekonnt eingesetzten rhetorischen Strategien in einem gut geführten Dialog den Weg zu einem besseren Umgang der politischen Bildung mit problematischen Haltungen Andersdenkender. Die Türe offen halten und eine Einladung aussprechen, Kontroversen ertragen und Argumente erst aussprechen, wenn die Bereitschaft besteht, diese zu hören und zu verstehen.

Nur durch eine nicht moralisierende politische Bildung kann politische Bildung erfolgen, in der die Menschen als Individuen gesehen werden und nicht als Wutbürger oder bestimmte Wählergruppen abgestempelt werden. Was im gespielten Rahmen der Argumentationstrainings gut sichtbar wird, ist der Retourgang jedes einzelnen Andersdenkenden in Millimeterarbeit, die nur gelingen kann, wenn die Polarisierung von Pro und Contra beiseite gelassen wird und der Prozess der gegenseitigen Abwertung, der ganz im Sinne der Rechtspopulisten ist, intellektuell und emotional beendet wird.

Für die politische Bildung ist relevant, sich die Mühe zu machen, die Fragestellungen hinter den in unseren Augen bloß tendenziös daherkommenden Formulierungen und Sagern zu hören und letztlich zu beantworten. Und oft ist eine vordergründig sachlich belehrende Antwort im Moment sinnvoll und mächtig, sie schrammt aber manchmal am Kern der Sache vorbei. Die tieferen Schichten politischer Haltungen und Einstellungen müssen freigelegt werden, und das geht im Grunde in die Persönlichkeitsstrukturen hinein, und das meine ich mit Millimeterarbeit. Also müssen wir Lernverhältnisse sprich eine Kommunikationsbasis schaffen, in denen Veränderung denkbar wird. Politische Bildung findet nicht nur in Bildungssettings statt sondern ist on the road, im Internet oder beim Heurigen aktiv. Daher sind die Argumentationstrainings von großer Bedeutung, sie sind eine Grundausstattung des politischen Menschen und letztlich der politischen Erwachsenenbildnerin.

Beispiel ist eine der jüngsten facebook-Meldungen des oberösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreters. Legen Sie einmal die Brille ab, durch die wir hören, fühlen und denken. Haimbuchner (schockiert) schreibt: „Das Bibelwerk der Diözese Linz hat gestern eine gegenderte „Familienbibel“ vorgestellt. „Söhne Gottes“ werden zu „Kindern Gottes“, ein „Mann“ zu „Mensch“ und eine „Apostelin“ gibt es nun auch. Für mich ist das unbegreiflich! Was meint ihr?“

Ich wette, in Ihren Köpfen läuft es jetzt heiß. Da gilt es nun Ruhe zu bewahren. Haimbuchner hat nämlich zwei für die Methodik der politischen Erwachsenenbildung relevante Sätze gesagt.

- Nur der Vollständigkeit halber, die solide Antwort der Diözese Linz beruft sich auf den Vatikan, die Familienbibel sei eine „freigegebene und genehmigte Bibelübersetzung im deutschen Sprachraum“ und zitiert einen Bibelwissenschafter, der die Sprachbilder des hebräischen und griechischen Urtextes anführt, die das weibliche Geschlecht mitmeinen (etwa Brüder meint Geschwister), sonst distanziert man sich klar davon, womöglich „gendern zu wollen“. Wunder gibt es also keine. -

Zwei Sätze Haimbuchners sind die Nahtstelle für die politische Bildung, die es gilt aufzutrennen und idealerweise sinnvoll neu zusammenzufügen. Haimbuchner schreibt nämlich: „Für mich ist das unbegreiflich! Was meint ihr?“ Eine ideale Ausgangsposition einer gelingenden politischen Bildungsarbeit. Natürlich provoziert er, rüttelt an den Bäumen des Antifeminismus und spielt mit Emotionen, nämlich denen seiner Leserinnen und: unseren.

Wem es gelingt, auf die persönliche Ebene zu gehen und über das deutlich artikulierte Unbehagen des „Unbegreiflichen“ für den oberösterreichischen Politiker und vor allem für die vielen anderen ähnlich denkenden Menschen zu reden, nämlich hier an dieser Nahtstelle nachzufragen und letztlich anzuerkennen, dass veränderte Geschlechterrollen oder gar eine Apostelin beim Abendmahl auf emotionalen Widerstand stößt, hat bereits leichtes Oberwasser gewonnen. Unbegreiflich waren zunächst auch andere Modernisierungen und massive gesellschaftliche Veränderungen, sei es die Eisenbahn, das Frauenwahlrecht oder die traurige Erkenntnis, dass es den Klimawandel nun mal gibt.

Wenn es nun in der Konstruktion einer politischen Bildungsgelegenheit – sei es in einer Volkshochschule bei einem Grundkurs Basiswissen oder beim Würstelstand - gelingt, diese konservativen, nennen wir es „das Bekannte bewahren wollenden Kräfte“, einfach sein lassen, hat die Millimeterarbeit einen großen Sprung gemacht. Die Gegenkräfte des Fortschritts sind notwendig und anzuerkennen. Es darf etwas vorerst unbegreiflich bleiben, das ist Meinungsfreiheit, und erst wenn diese gewährleistet ist, können andere Positionen „was meint ihr?“ eingebracht werden.

In Zeiten der Rückabwicklung von sozialem Fortschritt bedeutet das, nicht zuletzt für die Österreichische Gesellschaft für politische Bildung, auf lange Sicht beharrlich und unaufgeregt zu arbeiten, um Verhältnisse herzustellen, die es letztlich erlauben, rechtspopulistische Politik (und auch Parteien) in der politischen Bildungsarbeit offen und offensiv zu thematisieren– jedoch Andersdenkende wahr- und ernstzunehmen und sie zu ermutigen, in eine konstruktive gesellschaftspolitische Auseinandersetzung einzusteigen, bei der niemand diskriminiert oder ausgegrenzt wird. Auch nicht die Ausgrenzer selbst.

**4. Wir wollen Tische haben**

Die Ansprüche in der Erwachsenenbildung sind von höchst unterschiedlichem Niveau, die Branche hat eine weite Bandbreite, und darauf muss politische Erwachsenenbildung im Laufe der Zeit immer wieder neu reagieren. Die Ausbildungskonzepte haben in den letzten Jahren ihre thematisch abgezirkelten Nischen verlassen, Erwachsenenbildnerinnen sind heute über den Tellerrand ihres Fachgebietes hinaus ausgebildet.

Nicht jeder Weg in einen Kurs oder einen Workshop hat politische Dimension, aber das Potential dazu. Ein Italienischkurs führt vielleicht zu den Eskapaden Berlusconis, ein Deutschkurs zu den Schikanen der Asylbehörden, das Politische kann und soll nicht ausgeblendet werden müssen. Darauf hat die ÖGPB in ihren Bildungsangeboten früh reagiert, unzählige Teilnehmerinnen in den Workshops kamen aus ganz anderen Bereichen der Erwachsenenbildung, aber auch aus der Sozialarbeit, den NGOS, Medien, Universität und – als Privatpersonen.

In einem der urzeitlichen Argumentationstrainings saß eine ältere Dame. Bei der Vorstellungsrunde gab sie an, nicht pensionierte Hausfrau zu sein, und Grund für die Teilnahme am Workshop wäre, dass ihr Mann jeden Morgen beim Frühstück die Zeitung liest. „Und dann redet er so einen Blödsinn daher, und ich möchte endlich etwas dagegen halten können, das ist mein Wunsch an den Workshop“, sagte sie. Der Mann wird sich damals noch sehr gewundert haben.

Diese Öffnung von Lernwegen hat im Laufe der Zeit interessante Formate hervorgebracht, so etwa die Train-the-Trainer-Workshops für Biografiearbeit oder „motion and emotion“, geeignet für den niederschwelligen oder besser gesagt leichtfüßigen Einstieg in politische Themen. Keine Angst vor politischer Bildung ist das Motto, auch wenn Politik im Zuge eines Adventkranzsteckkurses zur Sprache kommt, wenn die drohende Scharia für den Nikolo oder die Umbenennung von Weihnachten in Julfest unversehens zur Debatte stehen.

Die Geschichte der ÖGPB ist auch eine lange Geschichte des Sesselkreises, und entwickelte sich von den Sesselreihen mit Frontalvortrag zu heutigen Lernformen wie offene Erzählcafés oder andere sich im Raum frei bewegende lernende Menschenansammlungen. Die historische Bedeutung des Sesselkreises kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, an dieser Stelle könnte man in Symboliken schwärmen.

Allerdings ist auch vor einer gewissen Sesselkreis-Müdigkeit zu warnen, die Mitarbeiterinnen der ÖGPB berichten neuerdings vom Widerstand gegen das Sitzen im Kreis, so die Forderung „Wir wollen Tische haben“, erst unlängst in einem Workshop „Politische Basisbildung“ artikuliert. Das hat, abgesehen von dem berechtigten Wunsch mitzuschreiben und unauffällig auf das Handy schauen zu können, etwas zutiefst Politisches und ist womöglich Ausdruck einer gewissen Verschulung bei der Jagd nach Zertifizierung, Qualifizierung und möglichst schneller Diplomierung.

Nicht nur die Inhalte und Methoden, auch der Umgang mit den Teilnehmerinnen hat mit zeit- und sozialgeschichtlichen Entwicklungen zu tun. Die Anzahl der Personen, die sich für den Beruf in der Erwachsenenbildung interessieren, sei es aufgrund von Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen anderswo oder Sinnsuche, oder nach der Karenz, steigt. Der Frauenanteil ist hoch.

Das verändert auch die Kompetenzvermittlung politischer Bildung, die Teil von auch vom AMS geförderten Bildungswegen ist und absolviert werden muss. Die ÖGPB arbeitet hier an wohldosierten Einstiegsthematiken und Methoden, die politisieren sollen. Beispielsweise sollen Basisbildnerinnen hier die Möglichkeit der Selbstartikulation bekommen und dialogische Reflexion im geschützten Rahmen üben, einen Raum politischer Bildung kennenlernen, den sie an ihre späteren Teilnehmerinnen weitergeben können. Ihre Kompetenz beeinflusst die gelungene Integration von Menschen, die kommen um lesen, schreiben und deutsch sprechen zu lernen.

Manchmal ist es auch sinnvoll, im historischen Archiv der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung zu stöbern, bequemerweise ist davon viel auf der Homepage zu entdecken, um zu erkennen, dass die Aufgabenstellung zeitgemäßer politischer Bildung im Kern immer ähnlich war. Der Imagefolder, der vor über zehn Jahren in Gemeinschaftsarbeit von etlichen KEBÖ- und anderen Bildungseinrichtungen formuliert und unterzeichnet wurde, ist ein solches gutes Stück der Selbstvergewisserung.

Wiewohl sich in der 40-jährigen Geschichte dieser Einrichtung immer wieder die Distanz und Beziehung zu den Fördermittelgebern der ÖGPB selbst geändert hat, bestand man darauf, dass politische Bildung kein Stabilisierungsfaktor des Bestehenden sein dürfe, sondern Veränderung geradezu evozieren muss.

Die politische Erwachsenenbildung hat hier der schulischen politischen Bildung einiges voraus, die über weite Strecken immer noch im Deskriptiven und Verstehen des politischen Apparats steckt und gesellschaftliche Machtstrukturen zu wenig angreift. Der Imagefolder bringt es auf den Punkt, wobei wir wieder bei den Lernzielen des Argumentationstrainings aber auch anderer Bildungsangebote der ÖGPB etwa dem dank dem Philosophen Hakan Gürses intellektuell anspruchsvollen Workshop „In Gleichheit verschieden“ angelangt wären.

Die ÖGPB ist heute gut verankert in der Erwachsenenbildung, die Fülle und auch die Qualität der in acht Bundesländern geförderten Projekte lässt keinen Zweifel am Erfolg der letzten 40 Jahre aufkommen. Hunderte Erwachsenenbildnerinnen haben Kurse, Workshops und Trainings besucht, um die Königsdisziplin der Erwachsenenbildung zu erlernen, nämlich das Denken zu ermächtigen und das Empfinden für einander und nicht gegeneinander zu stärken, um eben diese Hoffnung auf eine bessere Welt für alle weiter zu tragen.

Ein Zitat aus dem Imagefolder beschreibt dieses Anliegen:

„Emanzipatorische politische Bildung stellt Menschen, Strukturen und Prozesse in den Mittelpunkt ihres Interesses. Die Erkenntnis- und Themenfelder der Bildungsarbeit sind Lernmöglichkeiten zur Veränderung von Denken, Fühlen und Handeln ..... Persönlichkeitsentwicklung und Gesellschaftsentwicklung sind aufeinander bezogene Teile eines Bildungskonzepts, dessen Ziele Partizipationsfähigkeit, Entwicklung politischer Einstellungen sowie Erwerb von Kenntnissen über politische Abläufe und Prozesse sind..... Politische Bildung ergreift Partei für die Menschenrechte und für die soziale Rechtsstaatlichkeit, somit ist politische Bildung per se politisches Handeln.“

In diesem Sinne ist der Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung zu wünschen, dass ihr Mut zum Sesselkreis aufrecht bleibt. Und vor allem, dass sie ihre Aufgaben, die wichtiger denn je geworden sind, weiterhin autonom und selbstbestimmt erfüllen kann.